



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/17 - 21.1.1954

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Zur Vierer-Konferenz	S. 1
Vor 20 Jahren - der deutsch-polnische Pakt	S. 3
Dr. Wuermeling und der Richterleid	S. 5

---

## Erwartung - Hoffnung - Furcht

Von Fritz Erler, M.d.B.

Wenn nicht einmal die Deutschen alles einsetzen, um der Viermächte-Konferenz zum Erfolg in der Frage der deutschen Wiedervereinigung zu verhelfen, wer sollte es denn sonst tun? Zu dieser Hilfe gehört auch die Schaffung eines geeigneten Verhandlungsklimas. Wenn sich die Hauptbeteiligten in der Zuversicht an den Tisch setzten, daß die Verhandlungen nach menschlichem Ermessen scheitern würden, dann käme mit Sicherheit aus den Verhandlungen nichts heraus. Wer ins Examen mit der Gewißheit durchzufallen geht, der fällt auch durch.

Ein wesentlicher Beitrag der Deutschen besteht also in der Zuversicht, die sie über den Konferenzverlauf hegen und verbreiten. Natürlich ist niemand hellseherisch genug, um Ergebnis oder Zeitdauer der Konferenz heute voraussehen zu können. Nach bisherigen Erfahrungen mit der sowjetischen Konferenztaktik können die Russen, wenn sie wirklich zu einem Einvernehmen entschlossen sind, sehr rasch handeln. Das hat zum Beispiel die schnelle Einigung über die Beendigung der Berliner Blockade bewiesen. Aber auch wenn die Verhandlungen sich zögernd hinschleppen und die unsinnigsten Prestigepunkte in den Vordergrund gespielt werden, heißt das noch lange nicht, daß man sich zuguterletzt nicht doch über eine vernünftige Lösung verständigt. Ohne die Mühsal der Waffenstillstands-Verhandlungen in Korea würden heute noch Menschenleben geopfert werden. Ohne in einen unbegründeten vorzeitigen Jubel zu verfallen, registrieren wir nüchtern, daß auch die Gegenseite um eine Klimaverbesserung bemüht ist. Es ist kein Zufall, daß gerade in diesen Tagen außer neuen H einkreuertransporten aus der Sowjetunion endlich auch einigen tausend Menschen aus den Zuchthäusern und Gefängnissen der Sowjetzone die Freiheit gegeben wurde.

Die Hauptthemen der Konferenz sind Deutschland und Österreich. Sie werden nicht die einzigen sein. Die Sowjets haben angekündigt, daß sie die Einberufung einer Fünfmächte-Konferenz zur Erörterung der übrigen Weltspannungen in Berlin zu diskutieren wünschen. Damit kommen die Zulassung Rotchinas und der Preis, den die Sowjets für diesen ihren großen Wunsch möglicherweise zu erlegen bereit sind, in die Thematik der Berliner Konferenz hinein. Inzwischen haben in Washington die Atomgespräche zwischen den USA und der Sowjetunion in freundschaftlicher Atmosphäre begonnen. Ihr Fortgang wird sicher auf den Geist der Verhandlungen in Berlin seinen Einfluß haben. Die Sowjetunion hat in ihren Noten mehrfach die Frage fremder Militärstützpunkte angeschnitten. Damit geht die Sicherheitsdiskussion über den Rahmen der Deutschlandfrage hinaus.

Die Fülle der Probleme läßt eine lange Konferenzdauer wahrscheinlich werden. Ob es einen ruhigen Fortschritt der Arbeiten oder aber Krisen, vorübergehenden Abbruch, dramatische Zuspitzungen und das ganze sonstige Zubehör der Propagandatechnik auf beiden Seiten geben wird, das steht dahin. Am Ende der Konferenz aber muß und wird nach unserer festen Überzeugung ein wesentliches Stück Entspannung der internationalen Situation stehen, was nur erreichbar ist, wenn man in der Deutschlandfrage vorankommt. Nicht alle Fragen werden auf einmal gelöst werden können. Vernünftige und dauerhafte Lösungen auch anderer Fragen wird es aber erst geben, wenn alle Partner die Zuversicht haben, in den wesentlichen Hauptfragen zu einer Einigung zu kommen.

Natürlich gibt es Gefahren. Die schlimmste Gefahr ist eine Einigung der Besatzungsmächte über die Fortdauer des status quo. Die Integrierung der Bundesrepublik in das amerikanisch beherrschte EVG-System schließt nach eindeutigen Erklärungen der Sowjetunion die Wiedervereinigung aus. Sie hätte die weitere Integrierung der Sowjetzone in den östlichen Mächteblock zur Folge. Damit wäre die Spaltung Deutschlands auf unabschbare Zeit besiegelt. Andere Gefahren deuten sich an in der französisch-britisch-sowjetischen Diskussion über Sicherheit vor Deutschland - nicht voreinander. Daraus erwächst die Versuchung zu gefährlichen Auflagen aller Art. Mit der Gegenformel "Kein Zurück zu Potsdam" allein ist uns nicht gedient. Wir müssen wissen, daß das vereinte Deutschland wirklich frei und nicht in seiner Innen- und Außenpolitik alliierter Bevormundung unterworfen sein wird. Allerdings wird es das vereinte Deutschland ohne eine auch von den Deutschen akzeptierte Einigung über seinen zukünftigen militärischen Status gar nicht erst geben. Die USA dulden und die Deutschen wollen kein kommunistisches Deutschland, und die Sowjetunion nimmt kein Deutschland hin, das amerikanischer Truppenübungsplatz ist. Von diesen beiden Grundtatsachen müssen wir ausgehen. Freie Wahlen gibt es erst, wenn man in jener Grundfrage einig ist. Diese Einigung wird dem Sicherheitsbedürfnis aller Beteiligten entsprechen müssen, auch und gerade dem deutschen.

Der schwedische Außenminister Undén hat freie Wahlen und Allianzfreiheit als die beiden Schlüssel zur Lösung der Deutschlandfrage bezeichnet. Wir geben ihm recht. Wenn die Berliner Konferenz einen Sinn haben soll, wird sie zu diesen Schlüsseln greifen müssen. Die Bundesregierung hat versichert, daß sie es ablehne, über Alternativen zur EVG auch nur nachzudenken. Angesichts der Berliner Konferenz sollten sich die Deutschen lieber dahin entscheiden, daß sie es ablehnen, über Alternativen zur deutschen Wiedervereinigung zu diskutieren. Aus diesem Grunde halten wir eine Diskussion über das, was zu geschehen hätte, wenn die Berliner Konferenz scheiterte, für gefährlich. Jetzt ist erst einmal alles zu tun, damit sie Erfolg hat.

Verhängnisvoller Nichtangriffspakt

O.H. Mit einer politischen Sensation ersten Ranges wurde die Weltöffentlichkeit vor zwanzig Jahren, am 26. Januar 1934, überrascht: Durch die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nichtangriffs- und Verständigungspaktes. Polen, das seit 1918 zum Deutschland der Weimarer Republik durch politische Konflikte verschiedenster Art, durch jahrelangen Zollkrieg usw. im schärfsten Gegensatz stand, hatte jetzt als erster Staat das bis dahin von allen anderen Ländern im zwischenstaatlichen Verkehr weitgehend gemiedene Dritte Reich aus der Isolierung herausgehoben. Ja, bereits am 2. Mai 1933, also kaum drei Monate nach dem Machtantritt Hitlers, hatte der polnische Gesandte in Berlin Hitler aufgesucht und von ihm Zusicherungen bezüglich Danzigs erlangt.

Eine honigsüß erscheinende Zeit im Verhältnis der beiden Staaten zueinander hub an: Die Beendigung des Zollkrieges, Aufhebung von Zeitungsverboten, Besuch Goebbels' in Warschau und die Erhebung der Gesandtschaften zu Botschaften in Berlin und Warschau waren die wichtigsten Etappen dieser Entwicklung noch im Laufe des Jahres 1934. Hitler war mit dieser Gestaltung des Verhältnisses zu Polen ein Meisterstreich gelungen: Er konnte sich den Schein geben, im diplomatischen Spiel der Kräfte ein annehmbarer Partner und zu einer "freundschaftlichen" Behandlung strittiger Fragen durchaus bereit zu sein. Die gesamte demokratische Welt hingegen war über diese Schwenkung Polens erschüttert.

Es war mehr als eine Illusion, der sich das Polen Pilsudskis bei seiner Annäherung an Hitler-Deutschland hingab. Im Grundsätzlichen hatten die in beiden Staaten herrschenden Systeme viele Gemeinsamkeiten: Die Feindschaft gegen den Kommunismus und die Sowjetunion, die autoritäre Staatsführung, der Abscheu vor der Demokratie und die Verachtung für den Parlamentarismus. Ihre Zielsetzungen waren jedoch verschieden. Während Hitler das Abkommen und damit Polen nur als Mittel zum Zweck für die Durchführung seiner Rußlandpläne ansah, wollte es Polen nur seinem Wortlaut nach verstanden wissen und als selbständige Macht zwischen Deutschland und Rußland agieren. Durch verschiedene gelegentliche Äußerungen ließen die nationalsozialistischen Machthaber ihre Absichten erkennen. Ganz offen schlug Göring bei einem seiner zahlreichen Jagdbesuche in Polen eine Art deutsch-polnische Allianz vor mit dem Ziel, die Ukraine unter polnischen, Nordwestrußland hingegen unter deutschen Einfluß zu stellen. Und Hitler selbst gab kurz

nach dem Tode Pilsudskis im Mai 1935 dem polnischen Botschafter in Berlin seinen Plan hinsichtlich einer deutschen Autobahn und eines speziellen Schienenstranges durch den polnischen Korridor bekannt, der dann - im Frühjahr 1939 Polen ultimativ unterbreitet - den direkten Anlaß zum Kriege gab.

Diese erst durch die Veröffentlichungen der Nachkriegszeit bekanntgewordenen hintergründigen Einzelheiten lassen die Rolle, die Polen in diesen Jahren des militärischen Aufschwunges und territorialen Ausdehnungsdranges Hitler-Deutschlands spielte, in einem reichlich merkwürdigen Licht erscheinen. Es war also keineswegs im Zweifel darüber gelassen worden, welche Ziele Hitler gegenüber seinem Territorium und darüber hinaus gegenüber Rußland verfolgte. Nichtsdestoweniger führte es seine von vielen unfreundlichen Akten gegenüber Frankreich und Großbritannien begleitete Politik der Freundschaft mit dem Dritten Reich fort, erzwang im Zeichen dieser Politik von dem schwachen Litauen die Aufgabe seines unversöhnlichen Standpunktes gegenüber Polen und machte mit Hitler gemeinsame Sache bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei.

Bei Betrachtung dieser Phase des deutsch-polnischen Verhältnisses aus der heutigen Sicht ergibt sich die Erkenntnis: Polen glaubte, daß zur Zeit des Abschlusses des Paktes noch keineswegs starken Deutschland nötigenfalls Paroli bieten zu können, in welchem Glauben es durch die von Hitler kurz zuvor hingenommene Landung polnischer Truppen auf der Westerplatte bei Danzig übrigens bestärkt worden war. Die polnische Regierung, insbesondere ihr Außenminister Beck, gaben sich der verhängnisvollen Illusion hin, daß Polen zwischen Deutschland und Rußland eine Großmachtstellung erlangen könne, die es ihm erlauben wird, losgelöst von seinen alten westlichen Verbündeten zu agieren, die aus der Verbindung mit Hitler erwachsenen Früchte einzuharsten und Widerstand zu leisten, wenn es das für erforderlich hält. Der rasche Aufschwung Hitler-Deutschlands zu einer starken Kriegsmacht warf diese Rechnung Polens über den Haufen. Es wurde selber das erste Opfer dieser Macht, zu deren Entfaltung es vor zwanzig Jahren so verhängnisvoll den Weg geebnet hatte.

Minister und Privatmann

F.B. Die Persönlichkeitsspaltung, die wir im ersten Deutschen Bundestag ja so reichlich bei den Ministern Seebohm und Dehler erlebt haben, findet im zweiten Bundestags ihre Fortsetzung, und diesmal hat Dr. Wuermeling, seines Zeichens Familienminister, alle Chancen, als Sonntagsredner in die Parlamentsgeschichte einzugehen.

In Frankfurt hatte Dr. Wuermeling nach einem Bericht der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vorgeschlagen, einmal zu prüfen, wieviel Richter bei der Ablegung des Richtereides den religiösen Eid verweigerten und danach festzustellen, wie die Ehescheidungen an jenen Gerichten gehandhabt werden.

Dieser noch nie dagewesene Angriff auf die Unabhängigkeit der Richter und Gerichte konnte nicht unwidersprochen hingenommen werden, so daß der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Menzel in der Fragestunde des Bundestages in dieser Woche die Auffassung der Bundesregierung zu diesen Ausführungen kennenlernen wollte.

Nun gut, Innenminister Dr. Schröder hat gesagt, daß es sich um die Privatmeinung des Herrn Familienministers gehandelt habe. Warum wurde dann diese Privatmeinung ausgerechnet im regierungsamtlichen "Bulletin" - wenn auch in etwas abschwächender Form - veröffentlicht? Man nimmt gern zur Kenntnis, das ging aus den Ausführungen des Innenministers auf eine Zusatzfrage Dr. Menzels hervor, daß auch die Ausführungen über die Rede Dr. Wuermelings im Bulletin nicht der Auffassung der Bundesregierung entsprechen. Es wäre freilich noch besser gewesen, wenn die Bundesregierung klipp und klar gesagt hätte, daß sie nicht daran denkt, Statistiken bei den Ländern anfertigen zu lassen, die feststellen, wieviel Richter ihren Eid in religiöser oder weltlicher Form ableisten, und daß sie auch die "Privatmeinung" des Familienministers verurteilt.

Denn die Veröffentlichung der Rede im "Bulletin" dürfte doch zumindest zeigen, daß es in der Bundesregierung Kräfte gibt, die den Inquisitionsabsichten sehr wohlwollend gegenüberstehen. Daß im Kabinett die Eiferer diesmal in der Minderheit geblieben sind, ist erfreulich, aber mehr Distanz wäre in diesem Falle wohl angebracht gewesen, denn man soll den Anfängen wehren.

---

Verantwortlich: i.V. Albert Exler